

Transatlantische Freihandelszone Nicht mit uns!

Gift im Essen, mit Chemikalien verseuchtes Grundwasser, massenhafte Agro-Gentechnik und Konzerne als Richter – das klingt nach einem Horrorszenario, das keiner will. Doch mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - dem TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) – soll es Realität werden.

Trotz US-Spionage: Hinter verschlossenen Türen verhandeln seit Juli 2013 Technokraten der EU-Kommission mit den USA. Sie wollen vor allem so genannte nichttarifäre Handelshemmnisse abbauen, indem Normen und Standards „harmonisiert“ werden. Das bedeutet nichts weiter als einen Wettlauf nach unten, einen erheblichen Abbau von Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards sowie die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und weitere Deregulierungen für die Finanzmärkte. Gleichzeitig sollen Konzerne vor Sondergerichten Staaten wegen Gesetzen, die die eigene Rendite schmälern, auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen können.

Mit dem TTIP wäre dann in Europa erlaubt, was wir bewusst nicht wollen: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch und mit Chlor desinfizierte Hähnchen; ebenso Fracking, die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien, die bereits in den USA das Grundwasser ganzer Landstriche verseucht. Auch gegen die europäischen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte werden US-Wirtschaftsbosse als „Handelshemmnisse“ klagen. Im Gegenzug würden europäische Pharma-Riesen von einer Abschaffung der strengeren US-Regeln bei Medikamenten profitieren.

Sie könnten fragwürdige Präparate künftig auch auf dem vielversprechenden US-Markt verkaufen.

Die Details des Abkommens bleiben unbekannt, denn durch Geheimdiplomatie erfahren Umweltverbände, Gewerkschaften und die breite Öffentlichkeit keine konkreten Verhandlungsinhalte. Über 600 Wirtschaftslobbyisten hingegen haben Zugang zu den TTIP-Dokumenten. Das Freihandelsabkommen ist ein Anschlag auf die Demokratie, mühsam erkämpfte Rechte und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

**Darauf gibt nur eine Antwort:
Dem TTIP keine Chance!
Verhandlungen stoppen!**

DIE LINKE fordert stattdessen:

- die Streichung des Konzern-Klagerechts aus Handelsabkommen;
- den Vorrang von Mensch und Natur vor Konzerninteressen;
- eine Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;
- mehr Mitbestimmung und eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche;
- starken Verbraucherschutz;
- keine Patentierung von Wissen;
- ein hohes Niveau öffentlicher Dienstleistungen.

Weitere Informationen auf www.linksfraktion.de

